

Wie Gemeindefusionen die lokale Demokratie stärken können

Die Zahl der Schweizer Gemeinden nimmt ab. Heute gibt es rund ein Drittel weniger politische Kommunen als noch 2000. Für die Demokratie muss das nicht schlecht sein, schreibt Michael A. Strebelt

Wie jedes Jahr im neuen Jahrtausend sind auch am diesjährigen Neujahrstag Schweizer Gemeinden von der politischen Landkarte verschwunden – dieses Jahr beispielsweise Villnachern, Halten und Oekingen. Die Schweiz zählt heute knapp 30 Prozent weniger Gemeinden als im Jahr 2000. Grund für diese Entwicklung sind Gemeindefusionen. Solche Fusionen werden oft in der Hoffnung auf Kosteneinsparungen, auf eine Professionalisierung der Verwaltung oder eine Verbesserung kommunaler Dienstleistungen angestrengt.

Kritiker monieren jedoch, Gemeindefusionen gefährdeten die lokale Demokratie: Bürgerinnen und Bürger identifizierten sich nicht mehr mit der neuen Gemeinde und blieben der Urne oder der Gemeindeversammlung fern. Neben der Beteiligung an Wahlen, Abstimmungen oder Versammlungen geht jedoch bei der Bewertung von Gemeindefusionen ein anderer wichtiger Aspekt der lokalen Demokratie oft vergessen: jener des politischen Wettbewerbs.

Ein minimales Kriterium für eine funktionierende Demokratie sind kompetitive Wahlen. Damit Wahlen Sinn haben, brauchen Stimmberechtigte eine Auswahl verschiedener Kandidierender. Erst dies erlaubt es, Amtsträger abzuwählen, und erhöht so den Anreiz für sie, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. In vielen

Schweizer Gemeinden existiert der politische Wettbewerb jedoch nur noch auf dem Papier. Bei rund vierzig Prozent der Gemeinderatswahlen gibt es genau so viele Kandidierende, wie Sitze zu vergeben sind. Wohlverstanden, das Problem ist nicht, dass willige Kandidierende an einer Kandidatur gehindert würden. Vielmehr bekunden viele Gemeinden Mühe, Kandidierende für politische Ämter zu finden. Wahlen ohne Auswahl verdienen ihren Namen aber strenggenommen nicht und stellen eine Herausforderung für die lokale Demokratie dar.

Der Mangel an Kandidierenden ist denn auch ein weiterer oft genannter Treiber für Gemeindefusionen. Die Hoffnung: Gemeindefusionen würden das Problem entschärfen, indem sie den Pool möglicher Kandidierender vergrösserten. In einer neuen Studie zeige ich, dass diese Hoffnung durchaus berechtigt ist und dass Gemeindefusionen den politischen Wettbewerb stärken können. Basierend auf Daten zu Gemeinderatswahlen in neun Kantonen für den Zeitraum von 1984 bis 2024 untersucht die Studie den Effekt von Gemeindefusionen auf die Anzahl Kandidierender pro Sitz für die Gemeindeexekutive. Die Resultate zeigen, dass nach einer Fusion im Schnitt 0,4 Kandidierende mehr pro Sitz zur Wahl stehen als vor einer Fusion. Bei einem typischen Gemeinderat mit fünf Sitzen gibt es also zwei zusätzliche Kandidierende. Gab es in einer solchen Gemeinde vor einer Fusion genauso viele Kandidierende wie Sitze, gibt es nach einer Fusion somit sieben Kandidierende für fünf Sitze, die Stimmberechtigten haben eine Auswahl, der politische Wettbewerb spielt.

Die Studie zeigt weiter, dass der Fusionseffekt zwar in den ersten Wahlen für den Gemeinderat der neuen Gemeinde am stärksten ist. Er bleibt aber darüber hinaus bestehen: Auch zehn Jahre nach der Fusion gibt es in fusionierten Gemeinden im Durchschnitt mehr Kandidierende pro Sitz als in vergleichbaren nicht fusionierten Gemeinden. Schliesslich zeigen vertiefende

Analysen, dass dieser Effekt nicht ausschliesslich auf die mit einer Fusion verbundene Reduktion der Anzahl Sitze pro Stimmberechtigten zurückgeführt werden kann. Dies deutet darauf hin, dass Gemeindefusionen eine mobilisierende Wirkung auf potenzielle Kandidierende haben können.

Welche Schlüsse lassen sich da für die Praxis ziehen? Zunächst einmal sind es erfreuliche Nachrichten für Gemeinden, die aufgrund von Mangel an Kandidierenden eine Fusion in Erwägung ziehen. Eine Fusion scheint hier tatsächlich Abhilfe schaffen zu können. Ferner nuancieren die Ergebnisse der Studie Befürchtungen hinsichtlich eines Demokratieverlusts nach Gemeindefusionen. Der in früheren Untersuchungen durchaus dokumentierten kurzfristigen Abnahme der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung nach Gemeindefusionen steht nun der Befund gegenüber, dass diese Reformen andere zentrale Aspekte der lokalen Demokratie – nämlich den politischen Wettbewerb – stärken können.

Gemeindefusionen sind langwierige Projekte, die politische Gemeinschaften aufwühlen können – im Negativen wie im Positiven. Während einige Bürgerinnen und Bürger sich nach einer Fusion vielleicht fremd fühlen in der neuen Gemeinde und nicht mehr zur Urne oder zur Versammlung gehen, sehen andere womöglich die Chance, sich an der Gestaltung und Ausformung einer neuen Gemeinschaft zu beteiligen, und kandidieren für ein politisches Amt. In Gemeinden, in denen sich nur noch wenige für ein politisches Amt begeistern können, kann eine Fusion also durchaus eine neue politische Dynamik entfachen. Und das belebt ohne Zweifel die lokale Demokratie.

MICHAEL A. STREBEL, 39, hat an der Universität Zürich in Politikwissenschaften promoviert. Er ist zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, wo er zu Gemeindefusionen in der Schweiz forscht.